Pressemitteilung vom Kreisnetzwerk für Humanität und Bleiberecht

Einmal im Monat, und zwar an jedem dritten Dienstag trifft sich das kreisweit agierende Netzwerk für Humanität und Bleiberecht Steinfurt zu einem Austausch und Blick auf die Lage hierher geflohener Menschen. Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen stand für die Aktiven im Kreisnetzwerk bei ihrem Zoom-Meeting am vergangenen Dienstag verständlicherweise an erster Stelle. Dabei werteten alle Anwesenden die offene Aufnahme der Kriegsflüchtlinge in Europa und hier bei uns in Deutschland als äußerst positiv. Die Zusicherung eines Aufenthalts nach §24 Aufenthaltsgesetz, der sofortige Zugang zum Gesundheitssystem, zum Arbeitsmarkt, zum Bildungssystem und unseren sozialen Netzwerken wurde als wichtiger und richtiger Schritt eingestuft. Angesichts der Schrecken des Angriffskrieges durch Putin auf die Ukraine muss es selbstverständlich sein, den hier ankommenden Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, Sicherheit, Fürsorge und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewähren, lautete der Tenor aller Teilnehmenden.

Gleiches, da waren sich alle einig, wünscht man sich und fordert es für alle Geflüchteten, die hier in Deutschland Zuflucht suchen müssen. Nur dann ist gewährleistet, dass die Menschenrechte für alle hier bei uns Lebenden in gleicher Weise Anwendung finden.

Unverständnis und Befremden herrschte angesichts der spontanen Umverteilung der bisherigen Bewohner*innen in der ZUE Ibbenbüren. Laut Angabe der Bezirksregierung wurden 900 Menschen kurzerhand ausquartiert und in andere Einrichtungen verlegt. Sie mussten ihren Platz räumen zugunsten der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und verloren dabei gleichzeitig auch die unterstützenden, stabilisierenden Kontakte durch zivilgesellschaftliche Organisationen und ehrenamtliche Helfer. So wurden ihnen Beratung in ihren Asylanliegen und Hilfe bei Spracherwerb und persönliche Vertrauensverhältnisse von heute auf morgen entzogen. Da fragten sich die Netzwerk-Aktiven, ob diese Vorgehensweise tatsächlich alternativlos war. Einzelne Rückmeldungen bisheriger ZUE-Bewohner*innen an ihre Bezugspersonen in Ibbenbüren zeigten, dass die kurzfristige Umquartierung für die Betroffenen eine deutliche Verschlechterung der Wohn- und Lebenssituation darstellte. „So kann man nicht mit Menschen umgehen, die ebenfalls ihre Heimat verlassen mussten, häufig unter Traumatisierungen leiden und von großen Sorgen über ihre Zukunftsperspektive und die ihrer Kinder geplagt sind“, brachte es Reinhard Paul vom Arbeitskreis ZUE Ibbenbüren auf den Punkt.